

## NEWS

## KLIMASCHUTZ

# Licht im Nebel

Raymond Klein

**Skepsis gegenüber den Ergebnissen des Vorbereitungstreffens zur Klimaschutzkonferenz und des EU-Gipfels ist angesagt. Manche Industrieländer sträuben sich gegen ehrgeizige Ziele, manche entwickeln neue Ideen.**

Das Missverhältnis zwischen dem, was eigentlich notwendig wäre und dem, was machbar erscheint, ist ein Grundkonflikt politischen Handelns. Das zeigt sich bei keinem Thema so deutlich wie beim Klimaschutz. Auf EU-Ebene scheint sich als Schlüssel für die Lastenverteilung zwischen den Ländern eine Mischlösung durchzusetzen: Einerseits sollen die intensivsten CO<sub>2</sub>-Erzeuger die größten Anstrengungen leisten - das ist auch nötig. Andererseits sollen die wirtschaftsstarken Mitglieder mehr Geld oder Einsatz aufbringen - weil sie dazu die Mittel haben. Die luxemburgische Regierung wird das wenig freuen, denn sie hat in den Ministerräten immer wieder auf die eingeschränkten CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale des Landes hingewiesen. Damit versucht einer der intensivsten Verschmutzer der Erde sich, unter Hinweis auf das Mögliche, vor dem eigentlich Notwendigen zu drücken.

Notwendig wäre, so die Meinung von NGOs, Schwellen- und Entwicklungsländern, für 2020 eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Industrieländer von 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990. Doch bei den am vergangenen Freitag abgeschlossenen Vorbereitungsgesprächen für die UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen lagen die Zusagen dieser Länder weit darunter. Als schändlich bezeichnete zum Beispiel die Naturschutzorganisation WWF das Angebot von Japan, bis 2020 ganze acht Prozent einzusparen. Auch die Obama-Regierung wurde der ihr zugesprochenen Leaderrolle keineswegs gerecht - ob ehrgeizige Klimaschutzziele für den Kongress akzeptabel sind, ist zurzeit völlig unklar. Weil auch die EU, die immerhin eine Reduktion von 30 Prozent in Aussicht stellt, sehr vorsichtig taktierte, sind die Ergebnisse der Vorbereitungsgespräche „miserable“ ausgefallen, wie Greenpeace International schreibt.

In einem offenen Brief an Jean-Claude Juncker heißt es: „[Wir] erhoffen von Ihnen und Ihren europäischen Amtskollegen, dass die EU wieder ihre Rolle als weltweiter Leader beim Klimaschutz einnehmen

wird. Der bevorstehende EU-Gipfel ist eine der letzten Gelegenheiten, die Klimaschutzverhandlungen aus der aktuellen Sackgasse herauszuführen ...“ Unterzeichnet ist der Brief immerhin von 30 luxemburgischen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. In der Tat ist zu befürchten, dass der EU-Gipfel vom 18. und 19. Juni sich vor deutlichen Aussagen zum Klimaschutz drückt.

Bewegung in die innereuropäischen Diskussionen könnte eine französisch-schwedische Initiative bringen. Als Folge der „Grenelle de l'environnement“-Beschlüsse von 2007 - und wohl auch unter dem Eindruck des grünen Ergebnisses bei den Europawahlen - hat die Regierung in Paris die Einführung einer „contribution climat-énergie“ angekündigt. Bisher waren Pläne für eine solche europäische CO<sub>2</sub>- oder Energiesteuer auch an Frankreich gescheitert. In Luxemburg war ein ähnlicher Vorschlag vor zehn Jahren vom Mouvement écologique thematisiert worden. Jean-Claude Juncker zeigte sich damals interessiert, „vergaß“ dann aber, die Idee in seine große Steuerreform einzubauen. Der Mouvement seinerseits widmete sich zwischenzeitlich genehmeren Themen wie „gerechte“ Wassertaxen und Verbrauchsklassen von „Ökoautos“.

Doch in den kommenden sechs Monaten könnte die Einführung von Ökosteuern auch in Luxemburg wieder Thema werden. Schweden hat angekündigt, seinen EU-Vorsitz zu nutzen um über eine europaweite CO<sub>2</sub>-Taxe zu verhandeln. Einer der Vorteile gegenüber dem Emissionshandel (ETS) liegt darin, dass eine solche Taxe einen Kostendruck auf sämtliche energieintensiven Produkte bewirkt, statt nur auf jenen der Großindustrie. Außerdem hat das europäische ETS bisher seine abschreckende Wirkung verfehlt, wie der mit der Vorbereitung der „contribution“ beauftragte Ex-Premier Michel Rocard festhält. Grundsätzlich sei er besorgt über die Entwicklung dieses Marktmechanismus, zitiert ihn der Online-Newsdienst Euractiv.fr, der die Spekulation fördere. Andererseits wäre eine europäische Einigung über eine einheitliche CO<sub>2</sub>-Besteuerung auch ein erster Schritt im Hinblick auf die Harmonisierung weiterer Steuern - ein für die luxemburgische Regierung höchst unangenehmes Szenario.

## SHORT NEWS

## Ölpest kostet Esso teurer als gedacht

Fast zwanzig Jahre hat es gedauert, bis der Ölmulti Esso anfangs sein Strafgeld an die Opfer der Ölpest von 1989 in Alaska auszuzahlen. Am vergangenen Montag entschied ein Gericht, dass die seit dem ersten Urteilsspruch 1996 angefallenen Zinsen zu den Strafzahlungen hinzukommen - fast eine Verdoppelung der Strafe von 507,5 Millionen Dollar. Sollte es dabei bleiben, so sind die Verursacher einer der größten Umweltkatastrophen aller Zeiten noch glimpflich davongekommen. Ursprünglich war den von der Ölpest betroffenen KlägerInnen nämlich über den Schadenersatz von 287 Millionen Dollar hinaus auch noch fünf Milliarden an „punitive damages“ zugesprochen worden. Diese Abschreckungsmaßnahme erklärte sich durch das Ausmaß der Katastrophe, unter anderem den Tod von mehreren Hunderttausend Seevögeln und eine Jahrzehnte währende Belastung der Ökosysteme. Außerdem war der Unfall eine Folge der im Schiffsverkehr üblichen Minimierung der Kosten von Menschen und Maschinen. Nach mehreren Appellen seitens Essos hatte jedoch 2008 der Oberste US-Gerichtshof die „punitive damages“ auf ein Fünftel der ursprünglichen Summe reduziert. Dass die Zinsen eingerechnet werden, mag zur Abschreckung ein wenig beitragen doch der angerichtete Umweltschaden lässt sich sowieso nicht mit Geld kompensieren.

## Du français en plus

Ah, l'enseignement des langues au Luxembourg ! Si l'apprentissage de l'allemand pose de sérieux problèmes aux élèves romanophones, il en va de même du français pour les petits Luxembourgeois. L'on pourrait objecter que, contrairement à l'enseignement de l'allemand, celui du français est plus adapté aux compétences des enfants dont la langue native est une langue germanique - le luxembourgeois. Reste que le français constituerait, selon le directeur de l'« Uelzechtycée », Serge Winandy, une cause de difficultés pour dix pour cent des élèves. Et c'est pour remédier à ces difficultés que le lycée proposera, dès la rentrée prochaine, le projet « Français plus ». Le lycée, qui se limite aux classes du cycle inférieur de l'enseignement technique avant de s'ouvrir au « classique » à partir de l'année prochaine, lancera ce projet sur deux niveaux : en l'occurrence, les deux cycles d'enseignement respectifs. Pour le classique, la direction parle d'un « soutien ciblé » : il s'agit de venir en aide aux élèves qui ont réussi leur passage en 7e « malgré » leurs difficultés en français. Pour les élèves du technique, le terme employé est quelque peu différent : « renforcement ciblé ». Il s'agit cette fois-ci d'aider les élèves qui se sont retrouvés dans cet enseignement « à cause » de leurs lacunes dans la langue de Molière. Le but avoué étant de les faire passer dans l'enseignement classique. Pour l'instant, le projet reste plutôt vague : l'on y parle de « remédier aux déficits », de « développer les compétences au niveau de l'expression orale » ou de « poursuivre si nécessaire le programme en 6e et 5e ». En parallèle, le lycée offrira des activités para- et périscolaires. Le point le plus concret, c'est l'aménagement de ces cours. Les élèves qui auront intégré le projet « Français plus » bénéficieront de deux leçons de français supplémentaires grignotées sur... la direction ne le sait pas encore. Aussi honorable que soit ce projet, il nous rappelle deux perversités fondamentales de notre système scolaire : d'une part, la sélection abusive à partir des langues et leur système d'enseignement, mais aussi et surtout le mépris implicite du régime technique, considéré comme un enseignement de seconde catégorie, regroupant principalement les élèves « en difficulté », qu'il s'agisse du français pour les uns ou de l'allemand pour les autres. Espérons que le prochain gouvernement aura enfin la lucidité et l'audace d'introduire le tronc commun.